

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, September 2013

63. Jahrgang, Nr. 731

Nächste Legislaturperiode weist durch Gedenktage auf die Opfer hin

VOS Sachsen-Anhalt richtet vor der Wahl ein Schreiben an die Bundeskanzlerin und alle Parteien

Rechtzeitig vor den Bundestagswahlen richtete der Landesvorstand der VOS Sachsen-Anhalt ein Schreiben an die amtierende und voraussichtlich wieder gewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel, in dem auf die in den nächsten vier Jahren zu begehenden Gedenk- und Feiertage hingewiesen wird, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den SED-Opfern und den Widerständlern gegen die Diktatur stehen und die ohne deren Einsatz und Opferbereitschaft nicht möglich gewesen wären. Zugleich wird betont, dass bezüglich der finanziellen und sozialen Versorgung der Opfer, von denen nun viele das Rentenalter erreicht haben und unter den Haft- und Verfolgungsschäden leiden, enormer Nachholbedarf besteht.

Die aufgeführten Hinweise und Forderungen sind keineswegs neu, sie wurden oft genug ins Feld geführt. Nunmehr wurden sie von den sechs Bezirksgruppen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt ein weiteres Mal präzisiert. So wird an anstehenden „runden“ Daten in 2014 des Mauerfalls vor 25 Jahren gedacht, ein Jahr darauf erleben wir den 25. Jahrestag der Wiedervereinigung und in 2017 wird es zehn Jahre her sein, dass die „Besondere Zuwendung für Opfer der DDR-Diktatur“ beschlossen und wirksam wurde.

Im Hinblick auf diese Daten wenden sich die VOS-Mitglieder insonderheit mit der Anregung an die Politiker aller (!) demokratischen Parteien, nicht nur *schöne Würdigungsreden zu halten*, sondern die Bedingungen zur Gewährung der „Besonderen Zuwendung“ zu verbessern. Dies beinhaltet den Ausgleich durch Inflationsentwertung sowie die Abschaffung der Bedürftigkeitsklausel und des Sechs-Monats-Limits. Ebenso gilt

es, bessere Hinterbliebenen-Regelungen zu schaffen, indem Ehen und Partnerschaften, die nachweislich vor 1989 bestanden, berücksichtigt werden. Auch für die Zwangsausgesiedelten aus den Grenzgebieten wird bisher zu wenig getan. Dringende Verbesserungen sind bei der Anerkennung und Entschädigung von Haftfolgeschäden erforderlich. Die Liste von abgelehnten Anträgen ist lang. Sogenannte Gutachter oder Sozialrichter, denen es an zeit- und situationsbezogenem Wissen fehlt, maßten sich Entscheidungen an, die für die Opfer fatal sind und diese regelrecht einschüchtern.

Im Sande verlaufen ist nun das Thema Zwangsarbeit in der Haft. Nachdem vorübergehend eine Debatte geführt werden konnte, in der auch die Justizministerin auf die Seite der Opfer zu treten schien, verlautet mittlerweile kein Wörtchen mehr. Fakt ist, dass politische Häftlinge in den Zeiten des Kommunismus/Sozialismus im Strafvollzug niederste Arbeiten verrichten mussten, die zu gesundheitsschädigenden Folgen führten und durch die sie infolge sklaventariger Behandlung psychisch geschädigt wurden.

Viele ehemalige politische Häftlinge aus SBZ und DDR haben zudem exemplarisch niedrige Renten, da sie infolge der Umstrukturierung der Rentenberechnung vor einigen Jahren deutlich benachteiligt wurden. Im Wahlkampf wurden viele Themen behandelt, vieles wurde angeregt, versprochen oder in Aussicht gestellt. Jeder konnte Fragen stellen und erhielt (s)eine Antwort. Über die Opfer des SED-Regimes war so gut wie nichts zu finden. Das ist bedauerlich. Aber es muss nicht das letzte Wort sein. Erst wer als Politiker(in) nach der Wahl handelt, beweist echte Größe. A.R.



Bei Erscheinen der vorliegenden Fg-Ausgabe befinden wir uns unmittlbar im Zeichen der Bundestagswahl des Jahres 2013. Leider war bei Redaktionsschluss nicht abzusehen, ob diese Fg vor oder nach der Auszählung der Stimmen ausgeliefert wird. Somit müssen sich Vorstand und Redakteur mit den Kommentaren zum Wahlergebnis bis zum Oktober gedulden.

Ungeachtet dessen möchte ich hier auf das Thema Wahl eingehen. Mehrfach wurde angefragt, warum wir in der Fg nicht wie vor früheren Bundestagswahlen ein Frage-Ergebnis-Programm im Sinne der üblichen „Wahlprüfsteine“ veröffentlicht haben.

Um dies zu beantworten, verweise ich auf die Themen, die in der Fg ständig im Mittelpunkt stehen. Es sind dies die Themen Angleichung bzw. Erhöhung der „Besonderen Zuwendung“, die Zwangsarbeit in der Haft und die nachträgliche Erhöhung der Haftentschädigung.

Letzteres ist in den Diskussionen, die wir führen, bislang zu kurz gekommen. Aber gerade in dieser Sache hätten wir sehr schlagkräftige Argumente. Ist doch der Entschädigungssatz für die ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ und DDR nicht höher bemessen als für nicht verurteilte Häftlinge nach heutigen Haftbedingungen. Und die Haftverhältnisse von heute mit denen aus der kommunistischen Diktatur gleichzusetzen, das halte ich für – um es vorsichtig auszudrücken – für unrealistisch.

Leider ist unsere Forderung bisher zu selten angesprochen worden. Eine Aufstockung auf möglicherweise 300 Euro je Monat wäre jedoch eine zugleich berechnete wie auch finanziell lösbare Forderung, der sich keine neue oder alte Regierungskoalition verschließen kann. Damit wäre auch die gerade von einigen älteren VOS-Kameraden vorgetragene Forderung nach einer Differenzierung in der Höhe der Opferrente entkräftet. Die Durchsetzung dieser Verbesserung müsste nunmehr mit mehr Nachdruck an kompetenter Stelle vorgebracht werden.

Was die Bedingungen für die Gewährung der „Besonderen Zu-

wendung“ angeht, so ist in der Fg über dieses Thema immer etwas nachzulesen gewesen. Leider hat sich keine Partei bereit erklärt, die Abschaffung der Halbjahresklausel oder eine Übertragbarkeitsregelung der Opferrente auf Hinterbliebene in das Wahlprogramm aufzunehmen. Andere Themen der großen Parteien, beispielsweise die Einführung einer Mindestrente oder das Renteneinstiegssalter, berühren uns als Opferverband nur peripher. Man kann darüber in anderen Medien ausreichend viel erfahren – oder auch nicht, denn die Darstel-

Auf ein Wort des Redakteurs

lung sind nicht unbedingt eindeutig, und zudem überschneiden sich die Erklärungen der Parteien. Natürlich konnte man auch einen *Wahl-O-mat* als Wahlthemenprüfer im Internet aufrufen, um sich nach Durchlaufen eines Frageprogramms aus dem Netz sagen zu lassen, wen man wählen soll ...

Zu beachten ist im Übrigen der zeitliche Faktor. So wurden wenige Tage vor den Wahlen von den führenden Parteienvertretern Aussagen oder Ankündigungen getroffen, die es bis dato nicht gegeben hatte und die andere Themen verdrängten. Grünen-Chef Trittin etwa bringt zwei Wochen vor dem Wahlgang eine neue Variante der Maut-Gebühren ins Gespräch. Die Linke ist kurz vor der Wahl mit einem Zehn-Punkte-Forderungskatalog da und bietet sich im Falle einer rechnerischen Möglichkeit als Koalitionspartner von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen an.

Auch die Entscheidungslage zum Militäreinsatz in Syrien blieb bis zuletzt unklar und wirkte sich auf die Wahlstimmung aus. Geändert haben sich wenige Tage vor der Wahl noch mal die Umfrage-Ergebnisse. Auch das bringt Entscheidungen zum Kippen. Das zeigt, dass die Orientierung an „Wahlprüfsteinen“, egal in welchem Medium man sich ihrer bedient, kein sicherer Maßstab ist.

Für mich selbst gilt dabei, dass ich ungeachtet meines persönlichen Interesses an finanziellen und sozialen Verbesserungen für uns Ex-Häftlinge und Ex-Verfolgte mit meiner Wählerstimme keine politische Linie unterstützen möchte, die unserem Land nicht guttut.

Einer der Grundsätze unseres Opferverbandes ist weiterhin die parteiliche Neutralität. Wir fühlen uns natürlich für das Weiterbestehen demokratischer Verhältnisse und für die Gewährung sämtlicher Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger mitverantwortlich. Eindeutig lehnen wir eine Regierung ab, an der Die Linke, ob als Koalitionspartner oder „nur“ als Mehrheitsbeschaffer beteiligt ist. Sollte es eine gemeinsame Regierung der jetzigen Opposition mit dieser Partei

geben, so wird die Linke sicher keine Ansprüche stellen, die ihren eigentlichen sozialistisch-kommunistischen Intentionen entsprechen. Sie wird sich vielmehr als Partei mit großem sozialem Engagement präsentieren, um auf diese Weise wieder mehr politische Bedeutung und bei den Menschen Zuspruch zu erlangen und im passenden Moment zu ihren alten Strukturen und Methoden zurückzukehren.

Der 22. September ist bekanntlich der Tag, an dem im Bundesland Hessen ebenfalls gewählt wird. Die Prognosen sehen für den amtierenden Ministerpräsidenten nicht eindeutig aus. Wir als VOS sollten nicht vergessen, dass Volker Bouffier – wie seine Partei überhaupt – kontinuierlich viel für uns Opfer getan hat. Noch in der vorigen Ausgabe berichteten wir über die Anbringung von Gedenktafeln unter Beteiligung unserer in Hessen beheimateten Mitglieder. Dem entgegen erinnern wir (uns) an das Vorhaben der SPD, nach der letzten Wahl in Hessen eine Regierung mit Unterstützung der Linkspartei zu bilden. Damals wurde dieser Plan durch die mutige Gegenwehr von vier Abgeordneten der SPD verhindert. Können wir sicher sein, dass diese Situation nicht noch einmal eintritt und es dann keine Gegenstimmen gibt?

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Titelseite

Wir erhoffen uns Verbesserungen

Landesgruppe Sachsen-Anhalt nutzt Phase vor der Wahl für Schreiben an Parteien

Redaktionsthema:

- Was nützen uns sogenannte Wahlprüfsteine? 2
- Was erwarten wir als VOS nach den Wahlen von der Bundesregierung? 2

Was einmal Recht ist, bleibt unabänderbar

BStU behält ehemalige MfS-Mitarbeiter 4

Man kann nicht alle in einen Topf werfen

Über echte und auch gute Sozialdemokraten 5

Einen europaweiten Gedenktag schaffen

Vorschlag eines VOS-Landesvorsitzenden 5

Generationsübergreifend und beeindruckend

Rückblick auf das Gedenken zum 17. Juni in Chemnitz 6

Die Ideologie diente nur der Partei und den Mitläufern

Die SED und ihre „Nachfolgereien“ 7

Eine großartige Feier für einen großartigen Kameraden

Ehrhard Göhl betritt ein neues Lebensjahrzehnt, aber er bleibt doch der „Alte“ 7

Das ist so, wie wir es wünschen!

Stadt Eisleben arbeitet mit mehreren beteiligten Institutionen und Generationen Ereignisse vom Juni 1953 auf 8 - 9

Fahrt im B 1000 war eine besondere Qual

Erinnerungen an Haft, Schikanen, Leid, aber auch an glückliche „Tage danach“ 9

HÄFTLINGSSCHICKSAL:

Nach der Wasser-Kälte-Folter zum lebendigen Leichnam erstarrt

Die Haftleiden von Heinz Unruh (9. Fortsetzung) 10 - 11

Geschichtsdatum:

Als „Die Dänen von Sinnen“ waren

Vor 25 Jahren versuchten mehrere Thüringer Familien gemeinsam durch eine Besetzung der Botschaft die Ausreise zu erzwingen 12 - 13

Stark gekämpft, stark gelitten, stark geblieben

Zur Person Dr. Wolfgang Mayer 13

Demoralisiert, entwürdigt und keine Zukunft

Opferrente – für alle oder keinen? 13

„Ein Verbrecher sondergleichen“

Auszug aus Karl Krügers Brandenburger Hafterinnerungen 14

Erinnerung an eine ganze Epoche fehlt

Nachdenken über das Zuchthaus Brandenburg und seine Rolle in der DDR 14

Er war unerschütterlich und ausführlich

Hans Eberhard Zahn mit 85 gestorben 15

Was man (nicht) weiß, was man aber wissen sollte

Linke-Politiker macht Wahlkampf mit B 1000 15

Tagebuch, Erbschaft, Leserbriefe 5, 9, 13

Splitter, Notizen Personalie, Zitate, 4, 9, 13

Korrektur/ Nachtrag zu Fg 729/731 9

Leseprobe 14

Nachruf 15

Impressum 16

Spender für die VOS

Spendenbreitschaft der Mitglieder wieder top!

Klaus Junghans, Dr. Martin Hoffmann, Wilmar Leistner, Wilfried Seifert, Reinhard Cordula, Hans Schwan, Günter Meise, Gottfried Hoyer, Margarethe Lindemuth, Werner Mieth, Gerhard Penzel, Heinz Zierow, Fritz Schaarschmidt, Gottfried Gläser, Helmut Padel, Jürgen Kurt Wenzel, Horst Radtke, Erich Schmidt, Helga und Werner Meinhardt, Hans-Christian Braun, Gisela Daneluk, Christian Tauschke, Erika Schellenbeck, Benno Prieß, Helmut Günther, Regina und Helmut Gorgas, Christel Hausstein, Felicitas Rosentreter, Dieter Jacob, Bernd Schnabelrauch, Maria und Kurt Schlepps, Wigand Dannemann, Rudi Ernst, Erik Hofmann, Karin und Jürgen Weisbach, Thea Lange, Günther Kleinschmidt, Ruth Tröge, Gerd Ahnert, Friedrich August Gregor, Ingrid Wohlfahrt, Maria und Wolf-Peter Schmidt, Wolfgang Thamm, Helmut Meng, Hans-Joachim Erler, Horst Strußenberg, Günther Nollau, Lieselotte und Helmut Felbrich, Elke und Martin Höhny, Karla und Karl Büchner, Claudia Golz

Wir danken für die wieder angestiegene Spendenbereitschaft.

**Auch nach der Wahl gilt:
Ohne unseren Verband geht gar nichts!**

Der VOS weiterhin verbunden

Bernd Stichler entlastet mit seiner Erklärung Vorwürfe gegen früheres Mitglied des Bundesvorstandes Dietmar Mokros

Es ist geradezu eine schändliche Tradition, dass gegen die VOS Angriffe gefahren und ihre Mitglieder, vor allem aus dem Vorstand, mit Schmutz beworfen werden. Dies geschah bislang von außen und richtete sich vornehmlich gegen Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes. Und so bitter sich schon diese Tatsache ausnimmt, ist es noch schlimmer geworden, denn dem Anschein nach werden inzwischen nicht mehr nur Mitglieder des amtierenden Bundesvorstandes, sondern sogar schon verstorbene Kameraden verleumdet. So wird in pietätloser Weise über den vor sieben Jahren verstorbenen Dietmar Mokros, der viel für die VOS getan hat, hergezogen.

Zum Glück ist die Verbindung des Vorstandes zu unserem früheren Vorsitzenden Bernd Stichler nie ganz abgerissen. Und so hat er, dessen Herz noch an der VOS hängt, ohne zu zögern mit einer handschriftlichen Erklärung zur Entkräftung der Vorhalte gegen das frühere Vorstandsmitglied Dietmar Mokros beigetragen.

Die Erklärung liegt dem Bundesvorstand nun vor.

Der Vorstand dankt Bernd Stichler; man sieht, auch ohne Mitgliedschaft gibt es noch eine funktionierende Kameradschaft unter den politischen Ex-Häftlingen.

Der (amtierende) Bundesvorstand der VOS

Es lebe der Rechtsstaat, es lebe das Recht. Und die Gerechtigkeit?

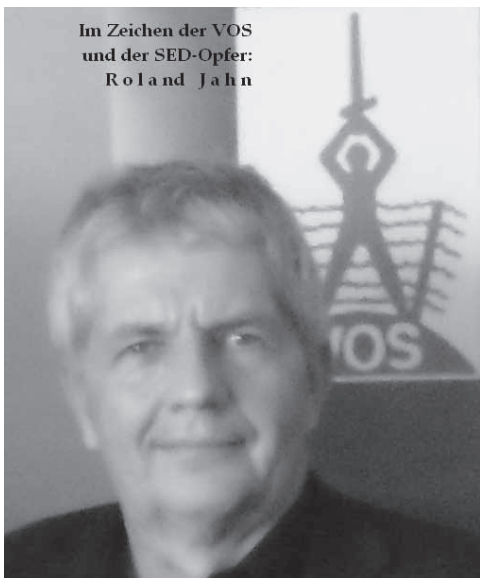
BStU-Leiter Roland Jahn muss ehemalige Stasi-Leute weiter in Behörde dulden

Gegen deutsches Recht ist schwer anzukommen. Wer einmal fest im Sattel sitzt, den wirft so schnell nichts aus demselben heraus; mag er auch nach Ansicht nicht weniger Leute dort nicht hingehören.

Auch Roland Jahn durfte das als Leiter der Bundesbehörde für die Unterlagen des früheren Ministeriums für Staatssicherheit erfahren, nachdem sein Versuch - ähnlich wie der seiner Vorgängerin Marianne Birthler -, jene Mitarbeiter der Dienststelle, die bereits zu DDR-Zeiten bei der Stasi gedient hatten, aus den Ämtern zu lösen, gescheitert war.

Hier gilt Schutz der persönlichen Pfründen vor den Interessen und Gefühlen einstiger SED- und Stasi-Opfer. Und das scheint unwiderruflich. Für viele, eigentlich alle, die in den zermürbenden Apparat der Stasi geraten waren und in der U-Haft schwere Monate, manchmal ein ganzes Jahr, gefangen waren, ist es eine Pein, diese Leute als finanziell gut abgesicherte Beamte im deutschen Verwaltungsapparat zu wissen.

Nicht nur dass die Opfer oft in schlechten, unsicheren



Verhältnissen leben, haben sie auch die Martyrien der Haftzeit nicht überwunden. Und dabei spielen Personen durch aus eine wesentliche Rolle. Die Gesichter und die Stimmen, die Ge-

stalten und die Uniformen sind im Gedächtnis geblieben. Die Befehle, die Schikanen, die Gemeinheiten. Wer dort gewesen ist, in den Zellen des MfS, der hat kein Gesicht vergessen, auch keine Gemeinheit. Schlimm genug, dass die SED- und Stasi-Leute unverändert in den gleichen Wohngebieten leben und man ihnen als einstiges Opfer in der Nachbarschaft begegnen darf und sich dann weder Wut noch Kummer anmerken lassen will. Diese Leute haben einen beobachtet, haben Berichte abgegeben und sich auch am Tag der Verhaftung von der Stasi als Zeugen für die Haussuchung rekrutieren lassen. Nun dürfen sie also weiterhin die Hinterlassenschaften jenes Unrechts mitverwalten, an dessen Entstehung sie massiv beteiligt waren und das sie ohne Rücksicht auf menschliche Opfer durchgepeitscht haben.

Es lebe der Rechtsstaat, es lebe das Recht.

Und die Gerechtigkeit?

Es ist blanker Nonsens, wenn behauptet wird: „Naja, diese paar Ex-Stasi-Leute in der BStU, das waren doch bloß kleine Lichter, die inzwischen längst eine andere

Weltanschauung gewonnen haben. Die haben doch sowieso nur die Befehle empfangen. An den Schalthebeln saßen doch ganz andere Größen.“

Es ist immer noch eine hochgebetete Grundlüge der deutschen Journalistenzunft, dass es in den Reihen des MfS kleine Lichter gab. Wollte man diese naive Logik anderweitig fortführen, wären auch die Todesschützen von Peter Fechter oder Chris Gueffroy und anderer Maueropfer nur Mitläufer und Befehlsempfänger.

Waren sie das? Oder sollte man nicht sagen, dass es die Mauertoten ohne „die Kleinen“ ebenso wenig gegeben hätte wie die politischen Häftlinge der DDR?

Es gab in den Reihen des MfS keine „harmlosen Akteure“. Niemand hat dort Dienst getan, der nicht (mindestens) hundertprozentigen Einsatz zeigte. Stasi-Mitarbeiter zu sein bedeutete, dass man sich dem Organ „Schild und Schwert“ verschrieben hatte, mit Leib, Seele und mit seiner uneingeschränkten Existenz: Keine Westkontakte, keine Feindsender und keine feindlich ausgerichteten Gedanken. Keine Gnade, kein Mitleid für Menschen, die als Feinde des Systems stigmatisiert worden waren.

Natürlich kann man hingehen und sagen, die Großen sind ja auch nicht verurteilt worden. Honecker wurde auf freien Fuß gesetzt, Stoph wegen Krankheit nicht verurteilt und sogar mit einer bundesdeutschen Haftentschädigung bedacht, und Mielke hat man ja nur wegen eines um Jahrzehnte zurückliegenden Doppelmordes verurteilt. Stasi-General Markus Wolf mutierte mit seinen Büchern gar noch zum Medienstar. Lediglich Egon Krenz durfte (symbolisch) Buße tun, wofür man ihn ja allseits bedauert und was er hinlänglich in seinem *schriftstellerischen Werk* ausschachtet.

Auch die Anschuldigungen gegen einige Politiker wegen IM-Tätigkeit verliefen im Sande oder prallten auf dickfellige Beschuldigten-Mentalitäten und geldgierige Anwälte, die mit wenig Aufwand und für leicht verdientes Geld das moderate bundesdeutsche Rechtssystem bemühten. Wehe dem, der einen eigentlich überführten IM von politischem Gewicht öffentlich als solchen bezeichnet.

Und davon abgesehen sind ja auch die meisten Knast-Schließer als solche in ihren Ämtern geblieben. Das waren nicht selten Hochkaräter an (körperlicher) Schlagkraft und (gnadenloser) Disziplinierung, was die Behandlung politischer Gefangener anging. Wer der Überprüfung durch die Landesbehörden standgehalten hatte – und das waren mehr als neunzig Prozent der einstigen Knastschließer – musste nach der Wiedervereinigung nicht mal die Gesinnung wechseln, sondern lediglich die Uniform.

Warum sich dann also an ein paar noch über gebliebenen Wachleuten „aufgeilen“, nach nunmehr fast 25 Jahren? Wir verlassen uns auf das deutsche Recht – und wenn wir auch nicht verlassen sind, so fühlen wir uns doch so.

B. Thonn

Zitat: Wer den ersten Gedanken der Gerechtigkeit hatte, war ein göttlicher Mensch, aber noch göttlicher wird der sein, der ihn wirklich ausführt.

Johann Gottfried Seume

Eine Mitteilung besonderer Art

Elektrorollstuhl oder Verkaufserlös im Testament für VOS

Kamerad Horst Ahrend fühlt sich der VOS verbunden und möchte durch eine Testamentsverfügung zu deren langfristigem Weiterbestehen beitragen.

Achtung: Erbe für ein einzelnes VOS-Mitglied oder die Gemeinschaft: Elektro-Rollstuhl – schwedisches Modell Permobil C 500 – mit sechs elektrischen Funktionen und mit ausgewiesener Verkehrssicherheit. Neukauf Ende 2011 zum Preis von 20.040 Euro, einschließlich Ladegerät, Luftpumpe und Tasche. Rechnung vorhanden.

Es ist mein Wunsch, dass der oben angeführte Elektrorollstuhl Permobil C 500 nach meinem Ableben an eine betroffene geschädigte Person aus der VOS weitergeleitet oder der Erlös durch den Verkauf der VOS-Vereinskasse zugeführt wird.

Die VOS ist notariell in meinem Testament als Erbe erfasst. Das Testament wird beim Amtsgericht Nauen aufbewahrt.

Die Transportkosten für die Abholung/ Überführung überweise ich jetzt schon auf das Konto der VOS.

Horst Ahrend

Ins Tagebuch der kritischen Gedanken getippt

Wir brauchen keine Bücher voller geheuchelten Wohlwollens und eigensüchtiger Profilierungskunst. Wer sich den Schicksalen ehemaliger politischer Häftlinge nähern will, der (oder die) soll sich nach den Erfahrungen derselben richten und weder in Bild, Rede oder Schrift etwas darstellen, das die Wahrheit verfälscht oder diese fahrlässig schmälert.

Was die Darstellung der Geschichte angeht, kann es keinen Spielraum geben. Was die Leiden betrifft, darf man keine Zugeständnisse zulassen. Nur die Wahrheit zählt, und diese liegt allein bei den Opfern. Es kann nicht der richtige Weg sein, die begangenen Fehler in der Wiedergabe von Haftbedingungen durch Diskussionen und Haarspaltereien zu vertuschen.

Allan Bregenover

Karl Marx hat sich nicht nur einmal geirrt

Anmerkungen zum Artikel von Kamerad Jörg Freitag (in Fg 729/ 731, S. 13): „Wer sich widersetzte, bezahlte mit der Freiheit oder gar dem Leben“:

☒ Grundsätzlich ist das alles richtig, was in dem o. g. Beitrag gesagt wird, und es ist eine Schande, dass deutsche Medien heute so etwas schreiben.

Etwas bedarf aber einer Richtigstellung zum Thema Sozialismus und Marx: Die „DDR“ und alle von den Sowjets unterdrückten Länder Ost- und Mitteleuropas waren Kolonien des letzten europäischen Kolonialimperiums, des Nachfolgers des zaristischen Russlands, und sie hatten mit dem Begriff Sozialismus überhaupt nichts zu tun.



Lenin erfand seinen „Marxismus“ als ideologischen Kitt, um dieses Sowjetimperium zu erhalten.

Marx hätte sich über diesen *Murks* im Grab umgedreht. Seine Werke sind in der „DDR“ nie völlig veröffentlicht worden. Den kompletten Marx gab es nur im Westen.

Seine Idee von einer „klassenlosen Gesellschaft“ war eine Utopie wie das „Reich Gottes auf Erden“ im Christentum. Marx war kein Prophet, zu dem ihn die Kommunisten machen wollten. Er stand mit seiner widerlegten Philosophie in der Nachfolge von Feuerbach und Hegel, und er hat sich häufig geirrt. Er hat aber eine gute Kritik über den britischen Frühkapitalismus geschrieben.

Der Traum von einer sozial gerechten Gesellschaft ist älter als Marx. Er ist ein Ideal, das nicht vollkommen erreichbar ist, aber es lohnt sich danach zu streben.

Waren Leute wie Alexander Dubcek etwa keine anständigen Sozialisten? Muss nicht ein echter Sozialdemokrat auch ein Idealist sein?

Jedenfalls kann man ein stalinistisches Terrorregime nicht mit Marx und Sozialismus in Einklang bringen. Es passt eher zu den anderen Pseudosozialisten, den Nationalsozialisten.

Ich war im Zuchthaus Waldheim und in der Stasi-U.-Haft von 1961 bis 1964 mit etlichen echten Sozialisten eingesperrt. Vielleicht leben noch ein paar davon, und sie können mir meine Meinung bestätigen.

Helmut Graf

Dieses Datum zum europaweiten Gedenktag machen

SED-Opferverband erinnert an den Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes vor 74 Jahren

☒ BV/FM Am 23. August 1939 unterschrieben der deutsche Außenminister von Ribbentrop und der sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Molotow einen Nichtangriffspakt mit einem geheimen Zusatzprotokoll. Hitler und Stalin teilten Europa untereinander auf. Erst der Pakt zwischen den beiden Diktatoren gab Hitler die Möglichkeit, mit dem Angriff auf Polen einen neuen Weltkrieg zu beginnen.

Dr. Fred Mrotzek, Vorsitzender der VOS-Landesgruppe, erklärt: „Die beiden Diktatoren verstanden sich prächtig. Stalin gratulierte Hitler nicht nur in einem Glückwunschtelegramm zum Sieg über Frankreich, sondern übergab Nazi-Deutschland auch deutsche Kommunisten, die in die Sowjetunion geflohen waren.“

Die Forderung des Europäischen Parlaments, den 23. August als einen europaweiten Gedenktag für die Opfer von totalitären und autoritären Regimes auszurufen und sie mit Würde und Unbefangenheit zu würdigen, wird von der VOS ausdrücklich unterstützt. Dr. Mrotzek fordert im Namen der VOS alle Politiker auf, sich im Vorfeld der Bundestagswahl für die Umsetzung dieser Forderung einzusetzen.

Wie wichtig sind das Wachhalten der Erinnerungen und das Gedenken

Der 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 fand in Chemnitz unter Teilnahme der Oberbürgermeisterin statt

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR liegt dieses Jahr schon 60 Jahre zurück. Die Zeitzeugen von damals werden immer weniger und umso wichtiger ist die Erinnerung an den historischen Tag.

Dieses anspruchsvolle Ziel hat sich die Vereinigung der Opfer des Stalinismus gesetzt und lud wie jedes Jahr zu einer Feier- und Gedenkstunde auf den Kaßberg ein. Hier hatte man in der Nähe des berühmten Gefängnisses nach der Wende eine Stele errichtet, die an das Unrecht des vergangenen Systems erinnern soll.

Die Veranstaltung wurde durch Mitglieder der VOS, gefolgt von der Oberbürgermeisterin, den Vertretern fast aller Fraktionen des Chemnitzer Stadtrates und Mitgliedern des Sächsischen Landtages.

Durch die Veranstaltung führte der Superintendent Andreas Conzendorf, der auch die Eröffnungsrede hielt und zu Beginn um eine Gedenkminute für die verstorbenen Frauen und Männer bat. Die Oberbürgermeisterin von Chemnitz, Frau Barbara Ludwig (Foto links) zog in ihrer Rede eine Bilanz des Geschehens vom 17. Juni 1953 und die Zeit

menarbeit und "... jede Schule sollte die Räume des Lern- und Gedenkortes Kaßberg e. V. gründlich anschauen ...".

Im letzten Teil der würdigen Feierstunde stellten drei Schüler vom Gymnasium Einsiedel ihr Forschungsprojekt "Der stählerne Nachbar" vor, in dem es um das Gefängnis Hoheneck und seine Auswirkungen auf den Ort geht. Sie wurden damit Preisträger eines bundesweiten Geschichtswettbewerbes.

Aus ihrer Rede ist besonders die Erkenntnis hervorzuheben: „Wir



Dank des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. bestand im Vorfeld der Feierstunde die Möglichkeit, eine Ausstellung zum 17. Juni zu besuchen und an Führungen durch die ehemalige Untersuchungshaftanstalt teilzunehmen. Zusammen mit Herrn Dr. Heitmann, Frieder Zimmermann und Sabine Popp konnten sich so interessierte Bürgerinnen und Bürger ein eigenes Bild vom Ort des Geschehens machen.

Ganz spontan fanden sich oft kleine Gesprächsgruppen zusammen, die sehr intensiv und emotional über die Eindrücke und das Erlebte diskutierten. Ehemalige politische Gefängnisinsassen, die ebenfalls zur Veranstaltung gekommen waren, wussten nahezu unvorstellbare Dinge von diesem Ort zu berichten.

Der Bogen der Diskussionen reichte aber nicht nur weit in die Vergangenheit zurück, sondern zog sich auch bis in die Gegenwart, denkt man nur an die Rehabilitation anerkannter ehemaliger politischer Häftlinge.

Punkt 11:00 Uhr begann die Feierstunde mit einer Kranzniederle-

danach und ging dabei auf die regionalen Ereignisse im damaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt ein.

Sichtlich bewegt sprach Kamerad Wolfgang Looß (Foto rechts), wichtiger Zeitzeuge und Vorstandsmitglied der Chemnitzer VOS-Bezirksgruppe, über seine Jahre der Verfolgung und des politischen Unrechts. In seiner Rede plädierte er dafür, dass die Jahre von 1945 bis 1989 und auch die Jahre von 1933 bis 1945 nie vergessen werden dürfen und forderte, diese Zeit wahrheitsgetreu aufzuarbeiten und nicht geistig zu verfälschen.

Weiter sagte Wolfgang Looß: „Für mich ist es ein echtes Bedürfnis, an dieser Gedenkstunde teilzunehmen, habe ich doch viele, auch sehr junge Kameraden verloren, die bis heute keine ehrwürdige Ruhestätte besitzen und nie eine Blume zum Gedenken niedergelegt bekommen können.“

Ines Saborowski-Richter, Mitglied des Sächsischen Landtages bedankte sich in ihrer Rede beim Lern- und Gedenkort Kaßberg, allen ehrenamtlichen Helfern, der VOS und wünschte sich eine gute Zusam-

kennen diesen Volksaufstand nur aus den Geschichtsbüchern. Wie wichtig ist das Wachhalten der Erinnerungen. Der 17. Juni ist uns eine wichtige Warnung, wachsam zu bleiben."

An diesem Tag wurde den drei Schülern eine weitere Ehrung zuteil, am Rande der Veranstaltung überreichte ihnen die Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig ein Präsent für ihr Engagement.

Viele Leute waren zur Veranstaltung gekommen, teils auch aus den alten Bundesländern, dem Zwickauer Raum, dem Chemnitzer Umland und dem Erzgebirge.

Die Ausrichtung für die Veranstaltung übernahm wieder in bewährter Weise die Stadt Chemnitz. Ein Bläsertrio der städtischen Musikschule Chemnitz gab dem Gedenken einen würdigen Rahmen. Für all die Unterstützung bedankt sich Herr Holker Thierfeld, Vorsitzender der VOS Bezirksgruppe Chemnitz, im Namen der Kameradinnen und Kameraden an dieser Stelle recht herzlich.

Text und Foto: Wolfgang Hähle
Fotomontage: A.R.

Die Goldene Ehrennadel der VOS als Dank und Anerkennung

Würdige Feier zum 80. für Ehrhard Göhl

Bereits in der letzten Ausgabe der FG wurde auf den anstehenden 80. Geburtstag unseres verdienten Kameraden Ehrhard Göhl in mehreren Beiträgen hingewiesen, wobei auch einige dieser Verdienste zur Sprache kamen. Nunmehr liegt der Geburtstag Ehrhard Göhls hinter uns, die Feier fand in einem würdigen Rahmen in seiner inzwischen zur neuen Heimat gewordenen Heimatstadt Darmstadt statt.



Natürlich waren die Kameradinnen und Kameraden der VOS vertreten. An der Spitze standen dabei der Bundesvorsitzende Hugo Diederich, der Landesvorsitzende von Hessen/Rheinland-Pfalz sowie der Bezirksgruppenvorsitzende der BG Rhein-Main-Nahe. Zu den weiteren Gästen zählten die Verwandten, Freunde und Nachbarn des Jubilars sowie einige Kameraden aus der Haftanstalt Bautzen II.

Für Ehrhard Göhl war der Tag ein gelungenes Ereignis mit Begrüßung und Vorstellung der Gäste. Nach dem Essen folgte der Höhepunkt des Abends, der in der Rede unseres Bundesvorsitzenden Hugo Diederich bestand und deren Gegenstand auch die Verleihung der goldenen Ehrennadel unserer Vereinigung war. Kamerad Diederich würdigte in seiner Rede die zahlreichen Verdienste von Ehrhard Göhl, die nicht nur die VOS betreffen, sondern die auch im Engagement für andere Organisationen bestehen. Seit seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik ist Ehrhard Göhl konsequent für die Aufklärung des SED Unrechtes und die Entlarvung der kommunistischen Diktatur eingetreten.

Im Namen der Kameraden und aller Gäste möchten wir Ehrhard Göhl für die Einladung zu seinem Geburtstagsempfang danken. Wir wünschen ihm noch viele schaffensreiche Jahre und Gesundheit.

Arno Selten

Die Linke, die Wahrheitsliebe und (k)eine Revolution des Denkens

Zwei Textbeiträge von Klaus Dörfert über das Ende der DDR sowie über ihr (nicht nur) gefühltes Weiterbestehen in der Ideologie

*Am Prüfstein wird das Gold geprüft und sein Wert.
Durch das Gold aber wird die Gesinnung der
Menschen geprüft. Sprichwort*

Taktik oder Rückzug?

Ist es nicht bedenklich, wie die Linke (SED-PDS) ihre Niederlage in der DDR in einen geistigen Sieg umzumünzen versucht?

Zur Selbstdarstellung gehört, dass sich die Stalinisten als geistig Überlegene nun doch als Besiegte fühlen. Das gefühlte Unrecht dient der Geschäftsgrundlage der Partei und wird zur Verhöhnung der Demokratie und der Opfer genutzt. Über die eigenen Untaten und Grausamkeiten schweigen die Stalinisten weiterhin, und man gibt sich als Wehrlose aus und stellt sich als passive Intellektuelle dar. Und man umgibt sich mit einer Aura von naiver Unwissenheit.

Der taktische Rückzug in eine Partei mit anderem, kämpferisch gerecht klingendem Namen bietet gute Chancen, sich der Verantwortung für die Schuldverstrickung in der DDR zu entziehen. Der schwerwiegenden Frage nach konkreter Verantwortlichkeit versucht man durch die Polemik gegen eine zum Popanz aufgebaute Institutionellen-Schuld zu entkommen oder auch indem man die Aufmerksamkeit auf möglichst allgemeine Fragestellungen lenkt.

Die wichtigen Themen der Schuld werden verallgemeinert, man führt eine scheinbare Auseinandersetzung mit der DDR-Realität, wehrt aber die möglichen Folgen einer konkreten gesellschaftlichen oder gar juristischen Aufarbeitung der DDR-Verbrechen ab.

Die friedliche Revolution

Was war es denn für eine Revolution im Jahr 1989 in der EX-DDR? War es eine politische, ökonomische Revolution oder eine, der Effektivsten, eine Revolution des Denkens.

Um die Frage zu beantworten, müsste man nach den Ursachen fragen.

Die Ideologie war Gesetz in der Ex-DDR, und die Justiz war durch die Ideologie bestimmt.

Fast jeder weiß: Die Ex-DDR befand sich zunehmend in einem Zustand der politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht, denn die Ideologie spiegelt üblicherweise die ökonomische Lage einer Gesellschaft wider. Selbst einen der härtesten Ökonomen hätten die Stalinisten einsperren müssen, sein Name ist Karl-Marx, und er verteidigte seine Ansichten, die heute noch richtig sind, bis aufs Messer.

Also mussten die Unfreiheiten überwunden, die sozialistischen wie wirtschaftlichen Hemmnisse beseitigt werden. Daher kann man denjenigen, die eine freie Gesellschaft bekämpfen und ihrer alten Ideologie nachtrauern, nur mit Verachtung entgegentreten. Denn die Ideologie in der Ex-DDR war quasi eine gesellschaftliche Selbstbefriedigung, die nur der Partei und ihren feigen Mitläufern diente.

Klaus Dörfert

60. Jahrestag des Volksaufstands am 17. Juni 1953 in der Lutherstadt Eisleben

Ein Bericht der Gleichstellungsbeauftragten des Stadtrates Eisleben Maria Hahn über ein Schülerprojekt, das auch von der VOS Landesgruppe Sachsen-Anhalt gefördert wurde

Den bevorstehenden Jahrestag dieses historischen Ereignisses sahen auch Mitglieder des Lokalen Bündnisses für Demokratie und Beteiligung der Lutherstadt Eisleben "Meine Stadt und ICH" als eine Herausforderung an, sich näher mit den damaligen Ereignissen vor Ort auseinanderzusetzen. Zum Jahresgedenken 2010 hatten Mitglieder der VOS Sachsen-Anhalt bemängelt, dass sowohl die Medien wie auch die Schulen und die Bevölkerung kaum Interesse an diesem Ereignis zeigen. Zudem sei die 2003 angebrachte Gedenktafel auf Grund von Verwitterungen kaum noch wahrnehmbar. Daher entwickelte die Gleichstellungsbeauftragte Maria Hahn ein Projektkonzept mit zwei Schwerpunkten:

- Die Schaffung moderner Unterrichtsmaterialien zum regionalen Geschehen während des Volksaufstandes.

- Die Gestaltung einer neuen Gedenktafel sowie erstmals einer für den aus dem Nachbarort Wimmelburg stammenden erschossenen Bergarbeiter Kurt Arndt.

Die Partner für das Projekt wurden Schülerinnen und Schüler der SKS Katharinenschule in einer temporären AG und der hier lebende Historiker Dr. Hartmut Lauenroth, der das Projekt inhaltlich leitete und begleitete. Zur Arbeit mit den Jugendlichen ist anzumerken, dass sie kaum über Wissen zum Projekt verfügten und der eingesetzte Zeitzeugenfilm eine sehr gute Hilfe war, um die Erörterungen lebensnah zu untermauern.

Dementsprechend wurden auch die Orte des

Geschehens vom 17. Juni 1953 abgefahren und so der Ablauf des Volksaufstandes lokal und zeitlich nachvollziehbarer. Besonderes Interesse zeigten die Jugendlichen bei der Absprache zur grafischen Gestaltung der Broschüre, für die sie viele gute Ideen einbrachten. Ihr Engagement wertschätzend, beurteilten sie die namentliche Benennung und Fotos in der Broschüre, die ihnen am 17. Juni 2013 vom Projektleiter persönlich ausgehändigt wurde.

Zu bemerken ist, dass es hierbei nicht um neue wissenschaftliche Erkenntnisse ging, sondern um die für den Schulunterricht handhabbare Sichtung und Zusammenfassung verschiedenster Literatur bzw. vorliegender Dokumentationen und Unterlagen (z.B. der BStU in Halle). Herausgekommen ist eine 24-seitige Dokumentation, die einen Überblick zu den Ereignissen während des Volks-

aufstandes am 17. Juni 1953 in der Lutherstadt Eisleben gibt und dies nachvollziehbar macht. Dabei wird auch ein Blick auf das Geschehen über die Stadt- und damaligen Kreisgrenzen geworfen und die Stätten des 17. Junis mit historischen Fotos sichtbar gemacht. Mittels eines Stadtplanes kann man diese gut auffinden, und somit eignet sich das vorliegende Material auch für eine entsprechende thematische Stadtführung.

Die weiterführenden Schulen der Stadt erhalten Klassensätze der Broschüre, eine DVD zur Unterrichtsgestaltung für die Lehrerinnen und Lehrer, die inhaltlich durch Kopien verschiedener Dokumente erweitert sind und in beiden Fällen umfangreiche Literaturangaben enthalten. Einbeziehen werden wir auf Wunsch auch jene Schulen im Landkreis, die mit dem Bündnis für Demokratie und Beteiligung der Lutherstadt Eisleben schon gemeinsame Projekte durchgeführt haben.

Bereits zum 50. Jahrestag hatte eine Projektgruppe des hiesigen Martin Luther Gymnasiums mit dem Regional-TV Punktum in Hettstedt einen Film mit Zeitzeugen gedreht. Dieser durfte dankenswerter Weise technisch überarbeitet werden und ergänzt die Unterrichtsmaterialien in authentischer Weise.

Während der Projektdurchführung besuchten wir mit den Schülerinnen und Schülern auch das Stadtarchiv und die BStU in Halle. An Ort und Stelle konnten sie so in originale Unterlagen und Akten Einsicht nehmen und mit den gesammelten Materialien vergleichen.

Die neue Gedenktafel in Eisleben wird den vorgegebenen Ansprü-

chen gerecht: Sie ist besser sichtbar (auch Graffiti-geschützt) und stellt den historischen Tatbestand klarer und mutiger dar. Die bisherige Tafel ist zunächst eingelagert und kann durchaus andernorts noch entsprechende Verwendung finden.

Mit der Gedenktafel für den in unserer Region einzigen getöteten Aufständischen, den Bergmann Kurt Arndt, in Wimmelburg, wurde sicher ein besonderes Zeichen gesetzt, was bei der Gedenkveranstaltung nicht nur die beiden heute noch lebenden Söhne tief bewegte, sondern auch vom Ortsbürgermeister und dem Heimatverein dankbar anerkannt wird. Heuer zum Gedenken waren der Einladung ca. 65 bis 70 Frauen und Männer sowie Jugendliche gefolgt, um zu hören, was damals wirklich passierte und wie sich die Ereignisse mit welchen Menschen abgepielt hatten.

→ S. 9 oben



In der Diskussion traten nicht nur "alt bekannte" sondern erstmals unterstützende Zeitzeugen auf. Die Hamburgerin Gabriele Bartz, geb. Lumma berichtete, dass ihr Vater zusammen mit anderen, meist Verwaltungsangestellten, wegen illegaler, konspirativer Arbeit verhaftet und zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Seine Frau kam mit den Kindern in "Sippenhaft", was bedeutete, dass man staatlicherseits mit allen möglichen Schikanen der Familie das Leben schwer machte und nur durch die Unterstützung der evangelischen Kirchengemeinden eine finanzielle Absicherung gegeben war. Im Zuge einer Amnestie unter Walter Ulbricht kam der Vater Ende 1960 vorzeitig aus der Haft, und die Familie flüchtete wenige Wochen danach in die Bundesrepublik.

Sie, wie auch die bereits erwähnte Frau Bartz, hatten hier und heute erstmals die Gelegenheit über ihr Schicksal öffentlich zu berichten und damit auch die Möglichkeit, endlich Frieden mit der Familiengeschichte zu schließen.

Am 25. September 2013 um 15.00 Uhr wird für alle interessierten Lehrerinnen Lehrer sowie Stadtführerinnen und Stadtführer im Eislebener Rathaus eine Schulung angeboten, zu der die Projektverantwortlichen gesonderte Einladungen verschickt haben. Darüber hinaus können sich auch weitere Interessierte für diesen Termin vormerken lassen unter Email: maria.hahn@lutherstadt-eisleben.de. Die Anerkennung als Lehrerfortbildung wurde beantragt.

Die Projektrealisierung wurde erst möglich durch die Unterstützung folgender Förderer: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin; Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V, Magdeburg; Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Landesverband Sachsen-Anhalt; Sparkasse Mansfeld-Südharz.

Wir danken allen Förderern und weiteren Unterstützern, der Klemme AG und der Volksküche Mansfelder Land.

Maria Hahn, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Eisleben

Anm. d. Red.: Die VOS dankt Frau Hahn für ihr Engagement und ihre Bemühungen, nicht zuletzt auch für den ausgezeichneten Textbeitrag.

Schreckliches Erlebnis im B1000-Transporter

Schlimme Erinnerungen weckte der Beitrag in Fg 729/730 über die Häftlingstransporte in der DDR in der „Black box“ des B 1000. Dies zeigt einmal mehr, wie wichtig die Rettung des Fahrzeuges und seine heutige Ausstellung ist.

Ich gehöre zu den Oberschülern aus Werdau (Sachsen), die vom Landgericht in Zwickau am 3. und 4. Oktober 1951 zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Mein Urteil lautete auf 13 Jahre Zuchthaus ohne Anrechnung der U-Haft. Ende Mai/ Anfang Juni wurden wir vom Stasi-Gefängnis in Dresden nach Zwickau in die U-Haftanstalt transportiert. Sechs unserer Kameraden mussten auch in einen Barkas B 1000, wie sie bis heute auf unseren Straßen zu sehen sind, einsteigen. Von außen sah das Fahrzeug wie ein normaler Kleintransporter aus. Innen war es in sechs engen Kabinen unterteilt, die mit einem Brett als Sitz und einer bis an die Knie reichenden und verschließbaren Tür ausgestattet waren.

Es war sehr heiß an diesem Tag. Die Luft im Fahrzeug war furchtbar stickig. Es gab keine Fenster und keine Belüftungsmöglichkeit. Wir kamen von Schweiß durchnässt in Zwickau an und mussten in unseren Sachen im Gang des Zellenhauses warten, bis wir auf die Zellen aufgeteilt wurden. Die vorhandenen Einzelzellen waren schon mit je zwei Häftlingen überbelegt. Es wurde noch eine dünne Matratze gebracht, damit in jeder Einzelzelle nicht nur zwei, sondern drei Häftlinge unterkamen, wobei zwei von ihnen auf dem Boden schlafen mussten.

Am 29. September 1956 wurde ich (vorzeitig wie die übrigen meiner Kameraden) entlassen. Ich bin jedoch nicht wie die anderen in die Bundesrepublik geflohen, da meine Freundin trotz der Ungewissheit der Haftzeit auf mich gewartet hat. Dies waren immerhin fünf Jahre und vier Monate. Am 22. Juli 1957 haben wir dann geheiratet. Obwohl es nicht immer leicht war, haben wir über fast 56 Jahre eine gute und glückliche Ehe geführt. Leider ist meine Frau nach langer, schwerer Krankheit am 22. März dieses Jahres in meinem Beisein friedlich eingeschlafen. Gerhard Schneider

Die Kameraden Kurt Zielinsky (95) und Ehrhard Göhl sagen der VOS Dank für die Glückwünsche zum Geburtstag. Bei beiden Kameraden fanden würdige Feiern statt. HD/AR

Habe mit meinem Freund und ehemaligem Haftkameraden Heinz G. Lorenz telefoniert. Er hat als 93-Jähriger eine Hüftoperation erfolgreich überstanden, leidet nun aber unter Netzhautablösung und kann kaum noch lesen. Wir alle hoffen, dass ihm die Ärzte helfen können.

Paul Radicke

An die VOS: Lasst uns für einen guten Anwalt Geld sammeln und für uns Verbesserungen einklagen. Das OIG muss keineswegs die letzte Instanz sein, es gibt auch noch ein BVG und einen Europäischen Gerichtshof. Die Ex-Stasi-Leute haben auch ihre Zusatzrenten eingeklagt. Dabei haben sie Verbrechen begangen oder Beihilfe dazu geleistet. Sogar vor Mord wurde nicht zurückgeschreckt. Bis jetzt wollen uns die Gerichte ins Abseits drängen und die Gutachter nicht ernst nehmen. R. P.

Eine Anfrage von Gerhard Schneider: In der Fg Nr. 729/730 ist auf Seite 11 das Antwortschreiben des Justizministeriums abgedruckt. Dort steht ab Zeile 7 folgender Satz:

Eine monatliche Leistung darf innerhalb des Rehabilitierungsrechts im Vergleich zu den anderen existierenden Entschädigungsformen für die Opfer der SED-Diktatur (z. B. Kapitalentschädigung für Haftzeiten, Unterstützungsleistungen, Beschädigtenversorgung, Ausgleichsleistungen, Nachteilsausgleich in der Rentenversicherung) nicht unverhältnismäßig sind.

Handelt es sich hier um einen Druckfehler?

Antw. D. Red.: Leider ist hier in der Tat ein Druckfehler unterlaufen. Das letzte Wort in dem zitierten Satz heißt nicht **s i n d**, sondern es muss heißen **s e i n**. Dadurch bekommt der ganze Satz eine verständliche Aussage. – Leider passieren solche Fehler immer wieder, da häufig Texte mit unleserlicher Schrift eingereicht werden, die der Redakteur abschreiben muss.

Vernehmung und Folter: Was nun folgte, war das blanke Grauen

Heinz Unruhs nicht enden wollender Weg durch die brutale Maschinerie der Sowjets – 9. Teil

Nachdem wir in den letzten Ausgaben mit der Fortsetzung der Haft- und Foltergeschichte von Heinz Unruh über dessen Erlebnisse in der „Roten Hölle“ pausiert haben, setzen wir diesen wichtigen und interessanten Beitrag fort.

Die Wiedergabe der Schicksals-erlebnisse bleibt ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte, die im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands als elementarer Faktor bei der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung wirkte. Die Gewalt und der Terror, die in jener Zeit die Verhältnisse bestimmten, kündigten das Gegenteil dessen an, was Stalin und seine kommunistischen Genossen mit Deutschland vorhatten und was sie in dem von ihnen beherrschten Gebiet bereits mit aller Grausamkeit in die Tat umsetzten.

Für diejenigen, die der spannenden Schilderung komplett folgen möchten, empfiehlt es sich, die jeweiligen Beiträge abzuheften und aufzubewahren. Der Abdruck des weiteren Manuskripts wird in den nächsten Fg- Ausgaben fortgesetzt.

9. Teil:

Fortsetzung aus 725

Das Zimmer, in dem ich mich nun befand, war sehr groß, und es war nicht so spärlich eingerichtet wie die anderen Vernehmungszimmer. Ein riesig wirkender Schreibtisch stand auf einem schönen Teppich, und an der Wand hing ein Stalinbild mit pompösem Rahmen. „Väterchen“ Stalin in schwülstiger Feldherrenhaltung und mit aufdringlich gutigem Gesichtsausdruck. Neben dem großen Schreibtisch befand sich ein Beistelltischchen, an dem ein weiterer Offizier saß. Es war ein Oberleutnant mit weibischen Zügen, der hier als Dolmetscher eingesetzt war und mich jedes Mal, wenn er mir eine Übersetzung vortrug, furchtbar anbrüllte. Ich verstand fast nichts, zumal ihm auch der Major immer wieder ins Wort fiel und dabei nicht minder laut brüllte. Endlich ging dem Kerl die Luft aus, und schwer atmend begann er fahrig in jener Akte zu blättern, die meine

abgepressten Aussagen aus Eberswalde enthielten. Ohne aufzublicken unterhielt er sich dann in abgehackten Sätzen mit dem anderen Offizier, wobei er immer wieder auf mich zeigte.

Mein Zustand war so erbärmlich wie nie zuvor. Ich hatte Kopfschmerzen und konnte kaum noch aufrecht sitzen. Die abgestandene, stickig heiße Luft im Zimmer tat ein Übriges. Schließlich hörte ich den Oberleutnant wie aus großer Entfer-

Häftlings = Schicksal

nung zu mir sprechen. „Hör mal, Freundchen, wir haben deine Aussagen aus Eberswalde überprüft. Wir haben inzwischen festgestellt, dass es im britischen Sektor tatsächlich Spionageschulen gibt. Dort werden Agenten ausgebildet, die einen Angriff auf die friedliche Sowjetunion vorbereiten. Und da gehörst du dazu. Du hast es in Eberswalde zugegeben. Es ist sinnlos, dass du es jetzt widerrufen willst.“

Der Oberleutnant sah zum Major, der wiederum zu mir blickte. Ganz sicher erwartete er nun ein Geständnis. Etwa: „Ja, es stimmt, der Widerruf war unvernünftig.“ Nein, diesen Gefallen tat ich ihm nicht. Wie scheußlich ich mich auch fühlen mochte. Zu diesem Widerruf stand ich, die Aussage von Eberswalde war erzwungen! Ich sagte es ihm mit heiserer Stimme. Ich berichtete von den Schlägen und sonstigen Misshandlungen, mit denen ich von jenem roten Oberst traktiert worden war.

Der Major sprang sofort empor und stand kerzengerade hinter seinem Schreibtisch. Er kochte so sehr, dass sich selbst der Dolmetscher zu ducken schien. Wütend riss er die Schublade vor sich auf und zog ein dickes Stromkabel hervor. Sekunden später stand er hinter mir und prügelte wie entgeistert auf mich ein. Instinktiv winkelte ich die Arme vor dem Gesicht, um mich zu

schützen. Doch die Schläge trafen mich so heftig, dass ich mich nicht mehr auf dem Schemel halten konnte. Ich fiel zu Boden und lag gekrümmt. Ich spürte, wie das Blut aus Mund und Nase lief und wie die Schmerzen allmählich meinen Körper durchsetzten.

Der Major schlug immer weiter auf mich ein. Er brüllte dabei unverständliche Laute, von denen ich lediglich das Wort Faschist verstand. Ich verlor das Bewusstsein und kam erst wieder zu mir, als ich auf dem Schemel saß. Vermutlich hatten mich die beiden dort hinaufgehoben. Ich war benommen und konnte die Worte, die der Dolmetscher zu mir sagte, nicht recht sortieren: „Wasserkarzer. Und zwar so lange, bis du deine Verbrechen zugegeben hast!“

Was nun folgte, war das blanke Grauen. Ein Posten kam und trieb mich aus dem Zimmer, er hetzte mich durch Flure und über Treppen, und als wir vor einer Tür stehen blieben und ich dachte, ich würde nun in eine Zelle kommen, wo ich zumindest ausruhen konnte, schlug er mir den eisernen Schlüssel in das ohnehin blutende Genick und befahl mir, mich auszuziehen.

Ich wusste zunächst nicht, wie mir geschah. Doch als ich die dreckigen Sachen ausgezogen hatte, stieß er mich in das Innere der Zelle, in der sich eine abgestandene Wasserlache befand. Dann öffnete er das Fenster, so dass von draußen die eisige Winterluft herein dringen konnte. Gleich drauf wurde die Zelle durch ein Gitter geteilt. Ich stand in der Lache, und jenseits des Gitters war der Posten, der nun mit einem Wasserschlauch zu hantieren begann. Ehe ich recht begriff, was passierte, traf mich ein harter Strahl eiskalten Wassers auf Körper und Gesicht.

Es war die Hölle, ich fiel sofort um, wälzte mich in der Lache und stöhnte unter den Schmerzen und der Kälte des fließenden Wassers. Auf das Mitleid des Postens durfte ich nicht hoffen. Der richtete den Wasserstrahl auf mich, als wäre ich ein robustes Stück Vieh, das es von verkrustetem Dreck zu reinigen galt.

☛ Seite 11 oben

Auf allen vieren kroch ich nun über den Boden, um dem Strahl zu entkommen. Es war vergebens. Der Posten visierte mich immer wieder an. Offenbar schien es ihm sogar Freude zu machen, mich so gewaltsam zu drangsaliieren.

Dann, als er mich mit dem Schlauch bis zur Wand getrieben hatte, versuchte ich mich aufzurichten. Aber er verhinderte es. Auch jetzt bekam ich das eiskalte Wasser zu spüren. Es traf mich, als würden tausend spitze Stecknadeln in meinen Körper dringen. Die Schmerzen wurden so unerträglich, dass ich nach kurzer Zeit zusammensackte und mit geschlossenen Augen am Boden liegen blieb. Ich hatte das Bewusstsein verloren.

Als ich wieder zu mir kam, hatte der Posten das Wasser abgestellt. Ich war allein. Ich fror nicht nur, ich schlotterte. Trotzdem redete ich mir Mut ein. Ich wollte stärker sein als meine Peiniger, ich wollte das Unrecht, das mir hier geschah, besiegen.



Ich zog mich mühsam ein Stück an der Wand empor. Ich kroch in eine Ecke der nassen Zelle und kauerte mich dort dicht an den Betonboden, um dem eisigen Luftzug, der durch die Zelle floss, ein bisschen auszuweichen. Die Zelle war unbeleuchtet. Nur im Vorraum brannte dicht unter der Decke eine kahle Lampe, die einen schwachen Schein zu mir her gab. Dadurch sah ich, wie am Boden das Wasser zu Eis gefroren war. Ich schloss die Augen und döste und hatte keine Ahnung, wie viel Zeit auf diese Weise

verging. Erst als im Vorraum die Grünmütze lautstark mit irgendwelchen Gegenständen hantierte, blickte ich auf. Ein matter Lichtschein stand vor dem offenen Fenster, der Morgen graute allmählich.

Ich hatte die heimliche Hoffnung, dass nun alles vorbei sein würde und der Posten mich zurück zu den anderen Gefangenen in die stinkige, aber nicht so eiskalte Zelle bringen würde.

Nein, ich hatte mich geirrt.

Ehe ich es recht begriff, hielt der Posten den Wasserschlauch erneut in der Hand und richtete die Öffnung auf mich. Fast gleichzeitig drehte er am Wasserhahn, und prompt schoss das bitterkalte Wasser wieder auf mich zu. Der harte Strahl traf meinen Körper und warf mich um. Ich versuchte mich aufzurichten, doch das Wasser kam wieder, es fegte mich Stück um Stück durch die Zelle, bis ich in einer anderen Ecke hockte und mich mit gekrümmten Händen an der Wand festklammerte. Nun gelang es dem Posten nicht mehr, mich mit dem

Wasserstrahl umherzutreiben. Er fluchte und keuchte daher unverstündlich laut, und er schien endlich selber zu frieren, denn auch vor ihm hatte sich auf dem Boden Wasser gesammelt, das nun zu Eis erstarrte. Ärgerlich stellte er den Strahl ab und verschwand.

An mich richtete dieser Unmensch kein Wort. Es wäre aber auch sinnlos gewesen, denn ich war kurz vor einer neuerlichen Bewusstlosigkeit. Ich hockte mit den blanken Knien auf dem Eis und vernahm wie aus der Ferne, wie das

Wasser von den Wänden und der Decke herab rann. Schließlich verlor ich den letzten Halt und fiel gekrümmt auf den Boden.

Ich spürte nichts mehr.

Wie lange es gedauert hatte, bis mein Peiniger zurückkam, weiß ich nicht. Ich hörte nur wieder seine Geräusche und dachte dumpf, er wird erneut den Wasserstrahl auf mich richten. Diesmal hätte ich nicht die Kraft gehabt, in die Hocke zu gehen und dem Strahl meinen Körper entgegenzuhalten.

Doch es kam auch jetzt anders. Der Posten war nicht allein erschienen. Bei ihm war Uschakow, jener Hauptmann, der mit mir die Verhöre führte. Ob ich nun bereit wäre, die Wahrheit auszusagen, fragte er mich auf Deutsch. Ich wollte etwas sagen, ein Ja, aber ich bekam kein Wort heraus. Die Kälte hatte meinen Hals, meinen Rachen zum Erstarren gebracht. Daher nickte ich schwach, worauf der Hauptmann, dieses Untier, verschwand.

Unter den Schreien des Postens rappelte ich mich dann irgendwie empor, ergriff meine Lumpen und taumelte, mich immer an den Wänden haltend, durch die Gänge dieses unheilvollen Gebäudes.

Ich hatte kaum noch Wahrnehmungen. In meinem Kopf dröhnte es, und was ich sah, sah ich verschwommen.

Erst als ich plötzlich wieder in „meiner richtigen“ Zelle stand, begriff ich, wo ich mich befand und dass das Folterdrama mit dem eiskalten Wasser vorüber war.

Ich war am Ende. Nass, blaugefroren, ich blutete im Gesicht und am Körper. Meine Mithäftlinge starrten mich fassungslos an. Sah so ein lebender Leichnam aus?

Heinz Unruh

Der Beitrag wurde durch den Fg-Redakteur textlich umgearbeitet.

Stand Original Manuskript: S. 30

Anm.: *Aus Datenschutzgründen wurden einige Namen geändert.*

Das Foto (© A.R.) zeigt vier Tafeln aus der Ausstellungsreihe „Die Mauer“, in der abschnittsweise über die Nachkriegsgeschichte und markante Ereignisse der Teilung Deutschlands berichtet wird. Die Ausstellung ist Bestandteil des VOS-Zeitzeugenprojekts NRW.

Wird fortgesetzt.

„In Freiheit wollen wir uns wöhnen, und zwar genauso wie die Dänen!“

Im September jährt sich zum 25. Mal die Besetzung der DDR-Botschaft Dänemarks in Ostberlin

Zahlreich und vielfältig waren die Versuche von DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürgern, aus der sozialistischen DDR zu entkommen. Neben dem direkten, oft tödlich endenden Weg über die Mauer wurde auch zunehmend versucht, die Ausreise durch die Besetzung von Botschaften zu erzwingen. Diesen verhängnisvollen Weg beschritt vor einem Vierteljahrhundert unter der Führung des gewieften Ilmenauer Lehrers Dr. Wolfgang Mayer eine Gruppe mutiger Thüringer. Doch die Aktion endete mit einem Eklat.

Am frühen Morgen des 9. September 1988, einem Freitag, fuhren 18 DDR-Bürger aus Ilmenau in Thüringen nach Ostberlin, um gegen Mittag die Dänische Botschaft zu besetzen und dadurch ihre Ausreise zu erzwingen. Der Zeitpunkt war günstig gewählt, denn für Dienstag, 13. September, war ein Staatsbesuch angesagt: Der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter wollte mit der DDR-Regierung über Fischereirechte in der Ostsee verhandeln.

Auf diesen Termin hatte die kleine Gruppe von Männern, Frauen und Kindern seit Jahren gewartet. Noch am Abend des 1. September, als Wolfgang Mayer, Lehrer in Ilmenau und Organisator des waghalsigen Unternehmens, in der thüringischen Zeitung „Freies Wort“ vom bevorstehenden Besuch des Ministerpräsidenten gelesen hatte, trafen sich die Ausreisewilligen, um die Einzelheiten der geplanten Aktion durchzusprechen.

Jeder von ihnen, das war Bedingung, musste beim Rat der Stadt Ilmenau einen Ausreiseantrag gestellt haben; striktes Stillschweigen sollte gewahrt und auch in Telefongesprächen keine Andeutung gemacht werden; die Schulkinder sollten wegen Fernbleibens entschuldigt werden; überschwängliches Verabschieden von Verwandten, die Verdacht hätten schöpfen können, sollte vermieden werden; die einzelnen Familien sollten in großen Abständen auf der Autobahn fahren, das Tempolimit unbedingt einhalten und keine weißen Fähnchen, das Erkennungszeichen der „Ausreiser“,

anbringen. Um 4.00 Uhr morgens am 9. September sollte aufgebrochen werden, um den Parkplatz an der „Straße der Pariser Kommune“ in Berlin bis 9.00 Uhr zu erreichen.

Nachdem alles abgesprochen und beschlossen war, kamen die schlaflosen Nächte. Besonders Wolfgang Mayer, der zwei Tage früher aufgebrochen war, litt darunter. Dass seine Sorgen berechtigt waren, erkannte er daran, dass die Abmachungen

Geschichte und Bücher

nicht eingehalten wurden. So waren die Ilmenauer am Vormittag des 9. September nicht in zeitlichem Abstand, sondern in einem Pulk von vier Autos zugleich auf dem Parkplatz eingetroffen. Außerdem hatten sie ein ausreisewilliges Ehepaar mitgebracht, das Wolfgang Mayer völlig unbekannt war, wodurch das Risiko des Scheiterns erhöht wurde. In der Gästewohnung des Ostberliner Pfarrers Werner Widrat im 15. Stock eines Hochhauses wurde jetzt noch einmal jede Einzelheit besprochen, schließlich zeigte Wolfgang Mayer das Transparent mit der Forderung, die er in der Nacht auf ein Bettlaken gemalt hatte: „In Freiheit wollen wir uns wöhnen, und zwar genauso wie die Dänen!“

Dann kam der Aufbruch in mehreren Familiengruppen zur Dänischen Botschaft Unter den Linden 41, die über den Hintereingang der Komischen Oper zu erreichen war. Um 11.30 Uhr betraten die Ilmenauer ex-territoriales Gebiet. Die dänische Botschaftssekretärin war höchst verwundert, als am Freitagmittag, kurz vorm Wochenende, plötzlich eine Gruppe aufgeregter Deutscher auftauchte, die den Botschafter zu sprechen wünschte.

Wie Wolfgang Mayer später in seinem Buch „Dänen von Sinnen“ (1990) berichtete, hatte sie aber schnell begriffen, worum es ging: „Sie merkt, dass die Luft brennt und eilt sofort in einen der Nebenräume,

um den Diensthabenden zu informieren.“

Da Botschafter Erik Krog-Meyer nicht anwesend war, nahm sich Botschaftsrat Henning Becker-Hansen der Fluchtwilligen an und verwies sie der Botschaft. Später erschien er dann mit einer Liste, wo sich jeder Ilmenauer mit Anschrift einzutragen hatte und erklärte, er hätte mit dem DDR-Außenministerium telefoniert, wo ihm Straffreiheit für die Fluchtwilligen zugesichert worden wäre, sofern sie die Botschaft verließen.

Über ein solches Angebot konnten die Ilmenauer, die über schreckliche Erfahrungen mit DDR-Behörden verfügten, nur lachen.

Die Flüchtlinge, die im Vorraum der Botschaft eingeschlossen waren, wo sie seit Stunden hungrig und durstig ausharrten, riefen in ihrer Verzweiflung die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der Hannoverschen Straße an, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Nach diesem Anruf wurde der Telefonanschluss stillgelegt.



In der Nacht um 2.30 Uhr überfielen, von der Botschaft Dänemarks ermächtigt, zwei Dutzend MfS-Leute die Flüchtlinge, verbrachten sie ins Stasi-Gefängnis Magdalenenstraße, wo die sieben Männer und sechs Frauen verhaftet und die vier Kinder in ein Kinderheim des „Ministeriums für Staatssicherheit“ verbracht wurden.

Ohne Nachtschlaf wurden die 13 Erwachsenen zwölf Stunden verhört und die sieben Männer am 22. September vom Stadtgericht Berlin-Lichtenberg unter Vorsitz eines berühmten Richters zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, die „zur Bewährung“ ausgesetzt wurden.

☛ Seite 13 oben

Am 22. März erfolgte die Ausreise der 18 Ilmenauer mit dem Interzonenzug.

Schon in der Woche nach der Botschaftsbesetzung sah sich Botschafter Erik Krog-Meyer, der in Westberlin wohnte, heftigen Angriffen der dänischen Presse ausgesetzt, die ihm vorwarf, dem internationalen „Ansehen Dänemarks geschadet“ zu haben. Vor allem wurde kritisiert, dass die wehrlosen Flüchtlinge „von der Botschaft an die DDR-Behörden ausgeliefert“ und dass zuerst das DDR-Außenministerium eingeschaltet wurde und dann erst die dänische Regierung.

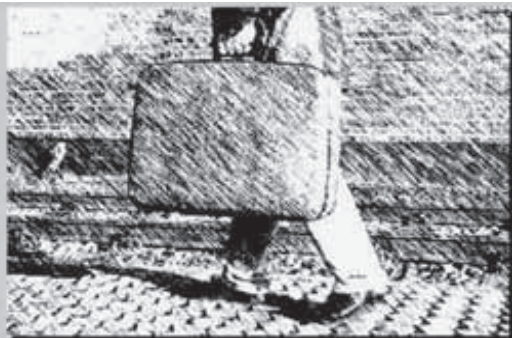
Der hart bedrängte Botschafter wurde abgesetzt, begann zu trinken und verstarb am 9. September 1990.

Jörg Bernhard Bilke

Zur Person

Dr. Wolfgang Mayer

Wolfgang Mayer zählte nicht nur in DDR-Zeiten zu den Aktivposten in Sachen Ausreise und DDR-Kritik. Nachdem er in die Bundesrepublik übersiedelt war, engagierte er sich als Zeitzeuge und Autor im Sinne einer gerechten Geschichtsaufarbeitung. Ebenso arbeitete er im Opferverband VOS mit. Durch die Veröffentlichung mehrere Bücher und Publikationen leistete er wichtige Beiträge zur Geschichtsaufarbeitung. So promovierte er zum Thema „Flucht und Ausreise aus der DDR“, wobei er in seiner Arbeit eine Vielzahl von Fakten und Daten zusammentrug.



WOLFGANG MAYER FLUCHT UND AUSREISE

BOTSCHAFTSBESETZUNGEN
ALS FORM DES WIDERSTANDS GEGEN DIE
POLITISCHE VERFOLGUNG
IN DER DDR

Durch seinen Internetauftritt unter demselben Titel (gleichnamig auch zu seinem Buch) ist er (nicht nur) Mitwirkenden, Freunden und Sympathisanten der einstigen Widerstandsbewegung aus der DDR bekannt. Mit einem breitgefächerten Spektrum der Berichterstattung und dem Angebot an Diskussionsforen hat er dort eine interessante Ergänzungsmöglichkeit zu manchem Beitrag in der Fg geschaffen *Hugo Diederich*

Das Problem mit der Opferrente:

„Entweder alle oder keiner“

Wenn der VOS-Jahresbeitrag aus triftigem Grund nicht geleistet werden kann

☎ In den letzten Wochen wandte sich der Bundesvorstand mit einer Aufforderung an all jene (nicht eben wenigen) VOS-Mitglieder, die ihre bis dato noch säumigen Beiträge nicht beglichen hatten – und das bei manchen über mehrere Jahre.

Die VOS selbst befindet sich, wie man weiß, nicht eben in einer finanziell komfortablen Situation, so dass wir auf jeden Zahler angewiesen sind. Zum anderen sieht es der Bundesvorstand als ungerecht gegenüber jenen Kameradinnen und Kameraden an, die ihren Beitrag regelmäßig überwiesen haben, wenn hohe Beitragsrückstände bestehen.

In einigen Fällen kamen nun auf die Zahlungsaufforderungen empörte Antworten, die von Uneinsichtigkeit, Egoismus und falscher Kameradschaft zeugen. In einem anderen Fall, der hier nachstehend abgedruckt ist, wird erkennbar, dass Beitragsrückstände nicht unbedingt aus Böswilligkeit oder Egoismus entstanden sind, sondern dass es unter den ehemaligen politischen Häftlingen des SED-Regimes Fälle von krasser Armut gibt, was im nachstehenden Leserbrief verdeutlicht wird. Zugleich wird hier das Problem der Klauseln deutlich, die mit der Gewährung der Besonderen Zuwendung verbunden sind. *H. Diederich*

Arbeitslos, Hartz IV, Zwangsverrentung – davor vier Monate Haft und drei Jahre Bewährung in der DDR – ein einziger Hohn!

☒ Betreffs der Zahlungserinnerung bzw. der Mahnung zum VOS-Jahresbeitrag möchte ich Nachfolgendes mitteilen.

Ab 2001 begann meine Arbeitslosigkeit. Auf Grund meiner Qualifikation wurde mir eine Beendigung derselben durch die Arbeitsagentur in Aussicht gestellt. Da jedoch ein Jahr nach Aufnahme in die VOS noch keine Besserung der Situation eintrat, bat ich den damaligen Leiter der Gruppe Erfurt (leider verstorben), meine Mitgliedschaft aus finanziellen Gründen zu annullieren. Er war einverstanden und damit war für mich das Problem erledigt. Ich war kein Mitglied mehr.

Ein weiterer Grund eines Austritts wäre die Opferrente gewesen. Wie kann es sein, dass ein Teil diese Almosen bekommt und ein Teil nicht?

Die VOS bezeichnet das als Erfolg. Ich sehe das als Skandal. Entweder alle oder keiner. Ich war vier Monate in Haft und hatte dann drei Jahre Bewährung, welche schlimmer als die Haftzeit war.

Ich wurde systematisch demoralisiert, entwürdigt und meine berufliche Zukunft zerschlagen.

Zur Haftschadensbegutachtung saß ich vor einem alten Kommunistenarzt, welcher mich auslachte!

Beim Termin in der Arbeitsagentur erlebte ich dann das Größte: Vor mir als Berater saß ein früheres Mitglied der SED-Kreisleitung. Ich war arbeitslos von 2001 bis 2008, dann Hartz 4 von 2008 bis 2010, anschließend Zwangsverrentung mit 18 Prozent Abzug.

Mir und meiner Familie bleibt nicht viel zum Leben.

Klaus-Günther Haak

Arbeitsverweigerung, Arrest und vom wahren Leben abgeschnitten

Das Zuchthaus Brandenburg als „Gläserner Sarg“ in einem Buch von Karl Krüger

In der letzten Fg berichteten wir auf Seite 15 über das Schicksal des Kameraden Karl Krüger, der bei einer Lesung in der Rostocker Societät Maritim aus seinem Buch „Die Lämmer im Gläsernen Sarg“ über sein Schicksal und die Zustände im Zuchthaus Brandenburg informierte. Wie angekündigt veröffentlichen wir nachfolgend eine Leseprobe aus dem Buch.

Die Zellentür ging morgens auf und eine barsche Stimme rief: „Raustreten zur Arbeit!“ Die Strafgefangenen setzten sich in Bewegung und verließen die Zelle.

Ich blieb in der Zelle stehen und machte auch keine Anstalten, diese zu verlassen.

„Haben Sie nicht gehört, brauchen Sie eine Extra-Einladung?“, wurde ich angeschrien.

Ich weigerte mich, auch wenn sie mir Prügel androhten. Als ein Schließer mit seinem schwingenden Schlagstock, der unter den Häftlingen nur Luftpumpe genannt wurde, bedrohlich auf mich zukam, hielt ihn sein Kollege gerade noch zurück: „Du, lass gut sein. Das ist der, der Hauptmann Sch. an die Gurgel wollte. Na gut, wir werden die Sache klären.“

Dann zogen sie ab.

Es dauerte wohl eine Stunde, da kamen sie wieder und brachten mich zu meinem Erzieher, dem Stationsleiter. In dessen Augen war ich ein Verbrecher sondergleichen und hätte zur Kenntnis zu nehmen, dass die Schneiderei nicht die Elmo wäre und er nicht Hauptmann Sch.

Das würde ich schon bald zu spüren bekommen ...

Nachdem ich nochmals bekräftigt hatte, dass ich keine Atomanzüge nähen wolle, musste ich alle meine Kleidungsstücke ablegen und bekam andere Sachen, die ich sofort anziehen sollte.

Währenddessen war R. mit dem Ausfüllen eines Formulars beschäftigt, das ich hinterher lesen und unterschreiben sollte. Darauf stand, dass ich nicht in der Schneiderei arbeiten wolle und daher die Strafe „Strenger Arrest“ ausgesprochen werden müsse. Karl Krüger

Einige Anmerkungen über das Zuchthaus Brandenburg

Der Knast von Brandenburg ist ein Stück Grusel-Geschichte, er hat alle Epochen der jüngsten deutschen Geschichte gesehen und spielte in den jeweiligen politischen Systemen, insonderheit den Diktaturen, eine abschreckende Rolle. Die Komplexität der Anlage ergab ein eingespielt funktionierendes, autarkes System, in dem den Gefangenen jeder Kontakt zur Außenwelt, oft genug auch zu den Mitgefangenen, unmöglich war. Traditionsgemäß war dieses Zuchthaus ein Hort, in dem nicht nach Monaten oder Jahren gemessen wurde, sondern in dem man für mehr als ein Jahrzehnt einsaß. Hier einkerker waren Mörder, Kinderschänder, unberechenbare Psychopathen und Berufskriminelle ohne Aussicht auf Resozialisierung. Wer Brandenburg durchlaufen hatte, war für den Rest seines Lebens abgestempelt, ausgegrenzt.



Zwischen die Kriminellen wurden in der Ära der SED-Diktatur jedoch auch politisch verurteilte Häftlinge wie Karl Krüger, dessen Rückblick auf das Zuchthaus sehr präzise und authentisch ist, gestreut. Sein Buch ist schon deshalb ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte dieser Haftstätte, weil nach dem Mauerfall innerhalb kurzer Zeit das Profil der Strafanstalt verändert wurde. Dort, wo 15 Leute auf 20 m² gepfercht waren, richtete man Einzelzellen ein, die den modernen Normen entsprachen. Und natürlich genießen die Häftlinge nun so etwas wie Komfort. Radio, Fernsehen, Kaffee, fließendes Leitungswasser und abgeschirmte Toilette gehören zur Ausstattung. Dies war zu Zeiten der DDR-Diktatur undenkbar.

Wer das Zuchthaus vor 1990 nicht selbst miterlebt hat, kann über die Verrohung innerhalb seiner Mauern heute höchstens etwas aus Büchern erfahren – und selbst dafür erntet der Verfasser dann den Vorwurf, etwas Erfundenes zu Papier gebracht zu haben. Eine Gedenkstätte gibt es in der Vollzugsanstalt nur im Hinblick auf die Opfer der Nazi-Zeit. Dies wird dann auch ganz in der Tradition des vorletzten Staatsratsvorsitzenden der DDR gehalten. Erich Honecker brachte hier zehn Jahre zu, allerdings war er streckenweise einem Außenkommando zugeteilt, was hieß, er durfte das Gemäuer zu Arbeitszwecken verlassen. Dass er damit einen unschätzbaren Vorteil erlangte, wird selten herausgestrichen und bezüglich der Ursachen nicht hinterfragt. Hinterfragt wurde auch nie, wie es sich vertrat, dass man zum einen in der StVE der DDR eine Gedenkstätte für die politisch Verfolgten der NS-

Diktatur unterhielt, zum anderen jedoch gleichzeitig Menschen aus politischen Gründen eingekerkert hatte – für Ewigkeiten.

Wer kann hier Abhilfe schaffen? Wir haben Stiftungen, Politiker und Landesbeauftragte. Wer erklärt sich für zuständig, die längst fällige, zielgerichtete, detaillierte Aufarbeitung in die Wege zu leiten? Oder will man warten, bis die noch lebenden Zeitzeugen dieser bösen (DDR-)Stätte verstummt und verstorben sind und das Zuchthaus Brandenburg dann nur noch als Gräuel-Synonym für die NS-Zeit steht? Tom Haltern

Die Abbildung zeigt (als Montage) das Buch, das die Historikerin Leonore Ansorg mit viel Sorgfalt über den Strafvollzug vorgelegt hat.

Furchtlos und mit Ruhe Aufarbeitung betrieben

*Hans-Eberhard Zahn wurde von
allen hochgeschätzt*

Im Alter von 85 Jahren starb am 29. August 2013 der vielen von uns bekannte Kamerad Hans-Eberhard Zahn, der nach einem Schlaganfall bereits einige Zeit gesundheitlich beeinträchtigt war.

Hans-Eberhard Zahn, 1928 in Stettin geboren, lebte nach dem Zweiten Weltkrieg in West-Berlin, wo er sich aktiv an der Vernetzung des Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur beteiligte. Als er 1953 in den Ost-Sektor der Stadt reiste, wurde er verhaftet und zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt, die er komplett abbüßen musste, wobei er die Anstalten Rummelsburg, Brandenburg, Cottbus, Bautzen und das Lager X der Stasi in Hohenschönhausen durchlief. Es kam zu einer Haftzeit von 2555 Tagen.

Nachdem er 1960 entlassen worden war, ging Zahn nach Berlin zurück, um sein vordem begonnenes Psychologiestudium an der FU Berlin fortzusetzen und dort bis 1993 als Hochschullehrer zu arbeiten.

Eberhard Zahn gehörte nach dem Fall der Mauer zum harten Kern jener Ex-Häftlinge, die sich mit unerschütterlicher Ruhe und distanzierter Gelassenheit der Aufarbeitung des komplexen und detaillierten Unrechts widmeten. Er schrieb, diskutierte und war dabei immer sachlich und offen und zugleich ausführlich. Er gehörte zu denen, die sich nicht vor der Konfrontation mit den einstigen Tätern scheuten und die ihr authentisches Wissen einem oft genug unbedarften Publikum zur Verfügung stellten.

Sein Tod ist ein Verlust, der für die Verbände, die Politik und seine Hinterbliebenen schwer wiegt. Aber sein Wirken war ein Beitrag, von dem die Nachwelt solange profitieren wird, wie sie sich mit der Aufarbeitung des sozialistisch kommunistischen Unrechts befasst. Zahn hat sich darin verdientermaßen einen festen Platz geschaffen.

Valerie Bosse

Gefährt des Leidens und des Grauens wird für den Wahlkampf als Attraktion genutzt

Der Linke-Abgeordnete Korte tourt mit einem B 1000 durch Sachsen-Anhalt. Weiß er um die Verwendung als Häftlingstransporter?

In der DDR gehörte er in das alltägliche Straßenbild: der Kleintransporter B 1000. Ausgestattet mit einem 45 PS starken Zweitaktmotor war er besonders im Flachland ein praktisches, wenn auch abgasintensives Fahrzeug. In seinen Besitz kamen nur Betriebe und staatliche Einrichtungen, es sei denn, man verfügte über eine wohlmeinende Westverwandtschaft, die einem über das Transfer-Unternehmen Genex durch Einzahlung eines fünfstelligen Betrages in D-Mark den Kleinbus für private Zwecke schenkte.

Wovon offenbar nur wenige Bürgerinnen und Bürger wissen und worüber wir gerade zuletzt intensiv in der Fg berichtet haben, das ist die Nutzung eben dieses B 1000 für getarnte Gefangenentransporte für politische Häftlinge. Mit sechs engen Kabinen ausgestattet, in denen man nur kauern und gekrümmt ausharren konnte und wo es kein Licht und kaum Luft gab, musste mancher mehr als eine Stunde bei Transporten zum Gericht, zur Klinik oder in den Strafvollzug zubringen. Wer die Haft hinter sich hat, erinnert sich an den B 1000 als ein Fahrzeug des Grauens.

Nun tourt er wieder zu einer ganz speziellen Aufgabe durch die Städte und Gemeinden Sachsen-Anhalts und soll die Bürgerinnen und Bürger zum Wahlkampf mobilisieren, um ihre Stimme ausgerechnet jener Partei zu geben, deren Vorläuferin vor nicht langer Zeit die Nutzung des B 1000 für den hier beschriebenen Zweck verfügte und die das einstige Heer politischer Häftlinge in der DDR schuf.

Derjenige, der das Fahrzeug für seine Wahlwerbezwecke nutzt, ist der Bundestagsabgeordnete Jan Korte, der im (jetzigen) Wahlkreis 71 schon bei der letzten Bundestagswahl die Mehrheit der Stimmen und ein Direktmandat erlangte, um damit zum zweiten Mal in

den Bundestag einzuziehen. Mit dem Einsatz des B 1000 will Korte diesmal speziell das Potenzial der Nichtwähler anzapfen. Gewünschte Volksnähe und Nostalgie-Gebaren sind dabei unverkennbar, und dies ist – man muss es fairer Weise attestieren – durchaus keine unzulässige Methode.

Ungeachtet dessen muss sich der Abgeordnete Korte die Frage gefallen lassen, ob er davon weiß, welche Erinnerung in Sachen Leiden und Unmenschlichkeit sich mit seinem Werbe-Schlager für nicht wenige Menschen verbinden. Sein Bekenntnis „Ich setze mich für eine ausgewogene Balance aus Freiheit und Sicherheit ein“ (nachzulesen auf der Web-Site von Abgeordneten) lässt den geschichtlich besser informierten Bürger nachhaken: War dieser Politiker jemals im zeitgeschichtlichen Forum von Leipzig um sich das dortige B 1000-Exponat anzuschauen? Wenn nicht, sollte er das nachholen. Wenn ja, wäre es durchaus angebracht, bei der nächsten Wahlkampf-Tour deutlich auf den bislang wenig bekannten Verwendungszweck hinzuweisen.

Jan Korte, dies kann man nachlesen, wurde 1977 in Niedersachsen, also in den Alten Bundesländern, geboren. Er hat die DDR demnach nicht von innen erlebt und war auch beim Mauerfall noch Schüler. Er kann sie also nur aus der Theorie kennen. Jemandem, der nicht aktiv in der Politik tätig ist und der nicht als gewählter Volksvertreter auftritt, könnte man das hier dargestellte Wissens- und Informationsdefizit sicherlich nachsehen. Von einem profilierten Politiker, der zudem im Innenausschuss des Bundestages wirkt, sollte zumindest erwarten, dass er seine Ankündigung in Sachen Freiheit nicht einseitig auslegt. *Tom Haltern*

Wir trauern um

**Wolfgang Pieper
Gerhard Oehms
Michael Haller
Harald Kätzel
Horst-Günter Lisk**

**Bezirksgruppe Rostock
Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha
Bezirksgruppe Plauen
Bezirksgruppe Reichenbach
Bezirksgruppe Dresden-Land**

Die VOS wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren

Teuer, aber nicht aussichtslos!

Spendenaufwurf für Klage am Bundesverfassungsgericht zur Durchsetzung von mehr Rentengerechtigkeit

Nach wie vor gibt es Regelungen im bundesdeutschen Rentenrecht, durch die sich ehemalige Häftlinge und Verfolgte des SED-Regimes benachteiligt fühlen. Diese zu beseitigen hat sich der Verein Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge zum Ziel gesetzt, der jetzt den Weg zum BVG einschlägt und wegen der hohen Kosten um finanzielle Unterstützung in Form von Spenden bittet.

Üblich ist es durch Sozialgerichte eine Revision bei einem Landessozialgericht zuzulassen und die Landessozialgerichte verhängen dann ein Revisionsverbot. Es gab bis jetzt erstmals einen exemplarischen Fall, in dem es gelungen war, das Revisionsverbot zu überwinden und das Verfahren beim Bundessozialgericht (BSG) anhängig zu machen. Der Kläger ist Gundhardt Lässig aus Herbstein; er wurde in dem über 6 Jahre andauernden Verfahren von dem prominenten Anwalt Prof. Hermann Plagemann, Frankfurt a.M., vertreten. Das Ergebnis auch hier: Klageabweisung.

Im Terminbericht zur BSG-Verhandlung am 14. Dezember 2011 findet sich dieser Text: "Selbst wenn man davon ausgehen wollte, dass in Fällen der vorliegenden Art Versicherungszeiten nach dem FRG als Teil der rentenrechtlichen Gesamtposition ausnahmsweise unter dem Schutz von Art 14 Abs 1 GG stehen könnten, läge hierin eine zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung iS von Art 14 Abs 1 S 2 GG. Bedingt durch den Gedanken der Solidarität und des sozialen Ausgleichs unterliegen rentenrechtliche Anwartschaften von vorne herein der Möglichkeit der Änderung in gewissen Grenzen. Der Gesetzgeber durfte den Untergang der DDR und den Beitritt der neuen Länder zum Anlass für eine Neuregelung des einschlägigen Kriegsfolgenrechts nehmen und auch Personen wie den Kläger hinsichtlich ihrer Beitrittsgebietszeiten den allgemeinen Bewertungs-Vorschriften unterwerfen."

Eine kleine Gruppe Versicherter rettet das bundesdeutsche Rentensystem? 316.613 Versicherte, wobei nicht einmal feststeht, ob in Saldo ein Plus- oder Minusbetrag entsteht? Und nun – endlich – besteht die Möglichkeit, dies vom BVerfG klären zu lassen. Gundhardt Lässig ist zwar formal als Einzelkläger der Träger des Verfahrens, aber wir sehen dieses Verfahren als Pilotverfahren an, das mit einer Grundsatzentscheidung alle einschlägigen Fälle regeln wird. Für die Verfassungsbeschwerde ist es uns gelungen, einen renommierten Verfassungsrechtler zu gewinnen. Die IEDF e.V. steht voll hinter dem Kläger, und wir haben in der Mitgliederversammlung vom März 2012 beschlossen, die Kosten als Verein zu tragen. Das Anwaltshonorar beläuft sich auf einen höheren fünfstelligen Betrag, zzgl. Nebenkosten. Da die Kosten des Verfahrens von keiner Rechtsschutzversicherung getragen werden, sind die Mitglieder des Vereins bereit, einen nennenswerten Anteil der Kosten tragen. Die meisten von uns sind Rentner. Wir sind daher auf Unterstützung von außen angewiesen und wenden uns mit der Bitte an Sie, uns bei der Finanzierung zu unterstützen.

Kontoinhaber: IG ehem. DDR-Flüchtlinge Konto: 043 77 49 BLZ: 670 700 24 Deutsche Bank Mannheim Zweck: Spende BVerfG

Bitte teilen Sie uns bei Ihrer Spende Ihren Namen mit und ob Sie eine Spendenbescheinigung benötigen. Sie erreichen uns per Email unter: spende-bverfg@iedf.de.

Fritz Schaarschmidt

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten:

Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder ab 2013	45,00 €
– Ehepartner	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (732) erscheint im Oktober 2013

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe **731**: 12. Sept. 2013